



## Herbert Kickl beim Wiener Akademikerbund

Ein Bericht von b.com – Hausjurist Dr.Dr. Heinz-Dietmar Schimanko

Am 03.03.2020 hielt der Klubobmann der FPÖ Herbert Kickl beim Wiener Akademikerbund vor 125 Mitgliedern und Gästen eine Rede zum Thema „Konservative Positionen in Österreich?“

Zunächst antwortete er dabei auf die erste Eingangsfrage, wer in Österreich noch konservative, christliche und patriotische Positionen vertritt: „Die FPÖ!“ Auf die zweite Frage, ob die FPÖ eine relevante Kraft der Zukunft sei, meinte er kurz und energisch: „Ja, ja und nochmals Ja!“

Er verwendete die Allegorie des Bergsteigens, bei dem man objektive und subjektive Gefahren kennt. Aktuelle objektive Gefahren seien die Währungskrise, Massenarbeitslosigkeit und Migration. Die subjektive Gefahr bestehe in der strukturellen Macht der etablierten Kräfte, deren Medienapparate darauf ausgerichtet sind, ein ihnen genehmes geistiges Klima zu schaffen. Mit deren Europapolitik sei gemeint eine Politik von Brüssel, die anscheinend auf die Schaffung eines politischen Konstrukts abziele, „das die Nationalstaaten auflöst und nicht uns dient, sondern dem wir dienen“. Die EU als Friedensprojekt befürwortet er, betont aber, daß ein Friedensprojekt zugleich ein Freiheitsprojekt sein müsse, denn „Friede ohne Freiheit ist Friedhof“. Die Aufgabe der Stunde bestehe darin, einen „patriotischen Abwehrkampf“ zu führen. Dieser Abwehrkampf umfasse auch die Ablehnung der Zwangsverteilung von Migranten in den EU-Staaten und den Kampf gegen die Islamisierung Europas. „Ich bin es leid, zu unterscheiden zwischen Islamismus und Islam“, stellte Kickl seine Position klar. „Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß der Islam nicht zu Österreich gehört“, so Kickl weiter.

Im BVT gebe es „nicht nur Beamten, die sich über jahrelanges Versagen definieren, sondern auch solche, die ihn während seiner Zeit als Innenminister darauf hingewiesen haben, daß einige etablierte politische Parteien bereits infiltriert sind mit von Muslimen. Dies sei eine von mehreren Fehlentwicklungen und zersetzenden Kräften. Die ÖVP sieht er als heuchlerisch an, denn sie gebe nur vor, etwas dagegen zu tun, um Wählerstimmen zu ergattern, agiere aber letztlich nicht ihren Ankündigungen entsprechend. Das zeige sich auch daran, daß der ÖVP während der Zeit der gemeinsamen Regierung zum Thema des UN-Migrationspaktes nicht mehr als eine Enthaltung abzurufen gewesen sei.

Als eine der Fehlentwicklungen nennt Kickl, daß die Familie nicht als Keimzelle der Gesellschaft anerkannt wird, und daß zur Familie in Widerspruch stehende Formen des Zusammenlebens forciert werden. Man dürfe auch nicht das Eigentum zerstören, daß in einer Familie geschaffen und innerhalb der Familie weitergegeben wird, wie etwa durch eine Erbschaftssteuer. Die Anzahl der Geschlechter ist „noch immer von der Medizin bestimmt, und nicht von der Soziologie“, meint Kickl zur Diskussion zum



angeblichen dritten Geschlecht. Diese Problematik sei auch ein Beispiel dafür, daß die ÖVP nicht klar konservativ Stellung bezieht, hier zum Schutz der Familie, sondern den Verlust der christlich-abendländischen Tradition in Kauf nimmt.

Kickl sparte auch insofern nicht mit Kritik am früheren Koalitionspartner seiner Partei, als er deren derzeitigen Repräsentanten attestiert, daß es ihnen vorwiegend darauf ankommt, in Brüssel und Berlin nicht schief angeschaut zu werden. Damit unterstützen diese die Bevormundungs- und Zersetzungspolitik der EU. So zeige auch deren Reaktion auf den Brexit, daß sie gar nicht für die Umsetzung des Willens der Bürgerinnen und Bürger sei. So haben sie zwar auf Initiative der FPÖ die Verstärkung der direkten Demokratie im Regierungsprogramm vereinbart, aber deren Verwirklichung im Zeitplan erst weit hinten gereiht. Sie haben gewußt, daß sie die Regierung früher beenden werde, also gar nicht vorgehabt, diesen Teil des Koalitionsabkommens zu erfüllen.

Eine Pervertierung der Gesellschaft ortet Kickl darin, daß man sich so an die eigenen Regeln bindet, daß sie gegen die Gesellschaft wirken. Als Beispiel dafür wies er auf den Umstand hin, daß der Asylgedanke durch Massenmigration pervertiert wird, zumal nur von den Rechten der Migranten gesprochen wird, und nicht von diesen im Sinne unserer Gesellschaft aufzuerlegenden Pflichten. Kickl bleibt dabei auch bei seiner bekannten Aussage, die er als Innenminister getätigt hat, daß das Recht der Politik zu folgen hat. Ein Satz, der mir entgegen der anderslautenden Dämonisierung schon insofern völlig unbedenklich erscheint, als Kickl mit keinem Wort gefordert hat, daß die von ihm postulierte Gestaltung des Rechts nach den Vorgaben der Politik außerhalb der demokratischen Rechtserzeugungsregeln erfolgen soll. Vielmehr entspricht dieser Ansatz dem meines Erachtens geltenden Primat, daß die Rechtsvorschriften dem Maßstab des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Nutzens standhalten müssen, andernfalls sie eine Last sind.

Der Haltung der SPÖ-Vorsitzenden Pamela Rendi-Wagner, wonach Opposition Mist sei, widersprach Kickl. Er meint, daß Opposition Pflicht ist, was er auch in der Regierung so gehandhabt habe. „Wäre ich bequem gewesen und hätte ich mich von Buffet zu Buffet gehandelt, wäre ich noch Minister“, betonte Kickl seine – wohl nicht erfolgreich bestreitbare – Eigenschaft als Unbequemer.

Zum momentanen Zustand der FPÖ teilte Kickl mit, daß die Stimmung wohl ausbaufähig ist. Man dürfe aber nicht Fehlinformationen aufsitzen, die Medien des Systems, gegen das die FPÖ antritt, verbreiten. Negative Behauptungen wie jene einer angeblichen Ermüdung oder schlechter Prognosen habe man schon in der Vergangenheit widerlegt, so Kickl. Zur jüngsten Parteigeschichte meinte Kickl, daß es der FPÖ so gehe wie Volkswagen – man habe ein gutes Produkt, aber einer habe übertrieben und an den Diesel - Werten gedreht. Die beste Entschuldigung bei den Bürgerinnen und Bürgern sei eine anständige Politik. Dafür bedarf es des „Muts zum Anecken“ und entsprechend couragierter Funktionäre. Die habe man in den Ländern parat, junge und dynamische Frauen und Männer, gab Kickl sich kämpferisch.



Das erfordere auch die Fähigkeit, Anfeindungen zu verkraften, wobei Kickl auch auf das Mißbrauchspotential des Straftatbestands der Verhetzung für die Einschränkung der Meinungsfreiheit zu sprechen kam [Anm.: das insbesondere bei der Auffassung besteht, daß man diesen Straftatbestand auch mit wahrheitsgemäßen Tatsachenmitteilungen verwirklichen kann]. Er ließ nicht unerwähnt, daß die Staatsanwaltschaft Graz ihm auflauert und auf das Ende seiner parlamentarischen Immunität wartet, um gegen ihn Anklage zu erheben wegen seinen Äußerungen, daß Islamisten Köpfe abschneiden, und daß man die AAA – Bewerteten, die aggressiven afghanischen Asylwerber, downgraden muß. Kickl vermittelt den Eindruck, daß er sich von so etwas nicht aus dem Konzept bringen läßt. Das kann man ihm auch glauben.